

BA FK Berlin, Büro der Bezirksbürgermeisterin, BzBm Tr

Email-Gruppenpostfach: buergemeisterin@ba-fk.berlin.de,

Tel. 030-(90298)-4092



Klimabeirat Friedrichshain-Kreuzberg

Sitzung am 14.06.2023., Beginn 16:30 Uhr

Ort: BVV Saal, Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin

PROTOKOLL: Yannick De Santis

Organisation (BA, BVV, stimmberechtigte Mitglieder, weitere Gäste A-Z)	Teilnehmende
Bezirksamt (BA), Bezirksbürgermeisterin	Clara Herrmann (nur zu TOP 3)
Bezirksamt, Büro BzBm	Yannick De Santis
Bezirksamt, OE Klima & Internationales	Lennart Aldick
Bezirksamt, Stadtentwicklungsamt	Dr. Sebastian Kropp (Amtsleiter) (ab TOP 2)
Bezirksamt, Umwelt- und Naturschutzamt	Marcus Münnich (Amtsleiter, Ltg. StrG-Klima), Peter Weis (Steuerungsgruppe Klima)
BVV, Fraktion Bü90/ Die Grünen	Alexandra Neubert, Britta Kallmann
BVV, Fraktion SPD	Peggy Hochstätter
Stimmberechtigte Mitglieder	Nicht anwesend: Juliane Schonauer (WBM; entschuldigt), Meike von Appen (GermanZero; entschuldigt), Monique Messikh-Müller, Neriman Kurt (Kotti e.V.; entschuldigt), Markus Runge (Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V; entschuldigt.) Dr. Dirk von Schneidemesser (Changing Cities), Clubcommision Berlin, Janes von Moers (EKBO), Ann-Ulrike Henning (HOWOGE), Lucas von Charmier (NABU), Christine Schmidt (Scientists for Future), Vera Thoß (Stadtteilausschuss Kreuzberg e.V.), Gülcan Nitsch (Yesil Cember)

a tip: tap	Annika Brunner
Architects for future	Carsten Joost
BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz	Matthias Krümmel
GermanZero	Hartmut Fischer
GreenKiez (Samaritersuperkiez)	Maike Specht, Anni Grossjohann
Klimaneustart Berlin	Jessamine Davis
Koordinierungsstelle Umweltbildung (BUND/Lokschuppen)	Christoph Wenzel
Scientists for Future - Regionalgruppe Berlin-Brandenburg	Christine Schmidt
UfU	Marlies Bock
Xberg-klimaneutral	Doris Fortwengel, Helmut Kolbach
Nicht stimmberechtigt	
Grüne Höfe	Daniela Maria Hirsch, Caroline Dostal
Kiezconnect	Fiete Rohde
Mercator Institut	Alexandra Bussler
AKöR	Immo Jansen
	Carla Schulte-Fischedick

TOP 1: Eröffnung & Anwesenheit, Beschlussfähigkeit

Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Aldick, er entschuldigt Frau Herrmann und übernimmt seitens des Bezirksamtes die Moderation der Sitzung. In Folge der Abwesenheitsabfrage wird die Beschlussfähigkeit des Gremiums festgestellt. Frau Hirsch moderiert die Sitzung als Vertreter*in für den zivilen Klimabeirat gemeinsam mit Herrn Aldick.

Herr Aldick unterbreitet den Vorschlag, dass die Einleitung in die einzelnen Tagesordnungspunkte so knapp wie möglich gehalten werden und dass anschließende Redebeiträge, Fragen und Antworten eine Redezeit von 2 Minuten nicht überschreiten sollten, damit alle Anwesenden zu Wort kommen können und ein guter Austausch möglich ist. Zu diesem Vorschlag gibt es seitens des Klimabeirates keine Einwände.

TOP 2: Bericht aus dem Bezirksamt

Zunächst stellt Herr Aldick das interne Organigramm der neuen OE Klima + Internationales vor. Er berichtet sowohl über den Aufbau der neuen OE, der seit seiner eigenen Ankunft im März läuft als auch über die neuen Stellen, welche sich aktuell in der Stellenbesetzung finden. Hierbei handelt es sich um die Stelle des/der Klimabeauftragten, die ab dem 01.09. neu besetzt wird, sowie um zwei neue, befristete Stellen im Klimaschutz- und eine neue, befristete Stelle im Bereich Klimaanpassungsmanagement. Diese werden durch Fördermittel finanziert und ab dem 01.07. respektive 01.08. besetzt. Die Förderung seitens des Bundes bezieht sich dabei auf die Erstellung eines bezirklichen integrierten Klimaschutz- und eines Klimaanpassungskonzeptes und umfasst neben den Personalmitteln auch weitere Sachmittel, beispielsweise zur Vergabe von Leistungen an externe Dienstleister im Rahmen der Konzepterstellung.

Aus dem Plenum wird die Frage gestellt, zu welchem Zeitpunkt die genannten Konzepte vorliegen werden und wann damit gearbeitet werden kann bzw. wann damit in die Umsetzung gegangen werden soll.

Herr Aldick antwortet, dass der Förderhorizont vorsieht, dass das Klimaschutz- sowie das Klimaanpassungskonzept innerhalb von zwei Jahren erstellt werden soll. Er selbst und seine Organisationseinheit verfolgen aber das interne Ziel, Konzepte schon in sechs bis zwölf Monaten fertigstellen zu wollen, damit mit den Maßnahmen noch 2024 begonnen werden kann.

Es folgt eine Nachfrage dazu, wie viele Gelder für Sachmittel zur Verfügung gestellt werden. Herr Aldick antwortet, dass er die genauen Zahlen nicht im Kopf hat. Diese sollen im Nachgang nachgereicht werden, um keine falschen Informationen zu verbreiten.

Nachtrag: Der Zuwendungsbescheid für den Bereich Klimaschutzmanagement (aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz) sieht die Zuwendung von Sachmitteln in maximaler Höhe von 76.200€ vor.

Der Zuwendungsbescheid für den Bereich Klimaanpassungsmanagement (aus Mitteln des Bundeshaushalts Einzelplan 16 (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz) Kapitel 16 01, Titel 68501) sieht die Zuwendung von Sachmitteln in maximaler Höhe von 104.480€ vor.

Frau Hochstätter fragt nach, welche Stelle(n) über die NKL finanziert werden und was nun mit Frau Schipkowski passiert.

Herr Aldick antwortet, dass die Fördermittel im Bereich Klimaschutzmanagement aus Mitteln der NKL finanziert werden. Eine Verlängerung der Fördermittel ist über ein Anschlussvorhaben möglich und seitens des Bezirksamtes geplant. Darüber hinaus wird auch eine Verstetigung der Stellen angestrebt. Frau Schipkowski verbleibt im Umwelt- und Naturschutzamt und ist nun nicht mehr die Klimabeauftragte des Bezirkes. Sie nimmt nun Aufgaben im Bereich Fuhrpark im Umwelt- und Naturschutzamt wahr. Weiterhin führt Herr Aldick aus, dass es dem Bezirksamt bei der Stelle des/der Klimabeauftragten und den 3 befristeten Fördermittel-Stellen gelungen ist eine sehr schnelle

Stellenbesetzung durchzuführen. Dies macht den Bezirk berlinweit zu einem Vorreiter und wäre nicht ohne Überstunden durch Herrn De Santis, das Team der Büroleitung und die starke Unterstützung durch Frau Herrmann möglich gewesen. Herr De Santis ergänzt, dass die genannten Stellen im März ausgeschrieben wurden, die Auswahlgespräche bereits im April stattfinden konnten, sodass die Stellenbesetzungen im Juli bzw. August und September vollzogen werden können. Diese schnelle Besetzung war nur unter erheblichem Arbeitsaufwand und Einsatz der involvierten Kolleg:innen möglich und stellt das für die öffentliche Verwaltung schnellstmögliche Verfahren dar.

Frau Neubert stellt anschließend die Frage, um wie viele Vollzeitstellen es sich handelt. Weiterhin stellt sie die Rückfrage, ob die Stelle der/des Klimabeauftragten unbefristet ist und wie es personaltechnisch im Bereich der Umsetzung der Konzepte aussieht bzw. wie die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ämtern aussieht.

Herr Aldick antwortet, dass es sich bei allen Stellen um Vollzeitstellen handelt, wobei die ausgewählte Person für das Klimaanpassungsmanagement auf eigenen Wunsch nur mit einer 36-Stunden-Woche arbeitet. Weiterhin bejaht er, dass die Stelle der/des Klimabeauftragten eine unbefristete Stelle ist. Die Frage der Umsetzung und Zusammenarbeit mit den anderen Ämtern ist aus seiner Sicht eine sehr Spannende. Er führt aus, dass es derzeit im Rahmen eines Projektes (Klimastraße) bereits jetzt eine Zusammenarbeit mit dem Straßen- und Grünflächenamt gibt, bei der aus der neuen Organisationseinheit die Abwicklung der Fördermittel übernommen wird. Hierfür wurde eine der beiden Klimaschutzmanagerinnen bereits jetzt über einen Honorarvertrag angestellt und begleitet das Projekt initiativ. Zukünftig sollen und müssen noch weitere Fördermittel akquiriert werden, sowohl für dieses Projekt als für weitere Vorhaben. Die Mittel können beispielsweise auf europäischer Ebene (BENE-Mittel) oder auf Bundesebene eingeworben werden. Dies wird eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ämtern, wie dem Straßen- und Grünflächenamt, dem Umwelt- und Naturschutzamt und dem Stadtentwicklungsamt, notwendig machen und das oben genannte Klimastraßenprojekt wird als Beispiel dienen, wie diese Zusammenarbeit funktionieren kann.

Frau Kallmann stellt die Frage, wie sich der Verantwortungsbereich zwischen den beiden Personen im Klimaschutzmanagement aufteilt. Des Weiteren fragt sie wie sich die Zusammenarbeit mit dem Bereich Facility Management gestaltet.

Herr Aldick erläutert, dass die beiden Klimaschutzmanagerinnen beide zusammen für ihren Bereich zuständig sind und es keine strikte Aufgabentrennung gibt, dies sehen die Anforderungsprofile auch nicht vor. Bei der Zusammenarbeit mit dem Facility Management liegt der Fokus zurzeit vor allem auf Einsparmöglichkeiten im Energiebereich. Der Energiebeauftragte des Bezirkes, Herr Moog, hat dafür gesorgt, dass in den neun größten Gebäuden des Bezirkes die Heizkreise durch sogenannte LowFlow Technologie aufgewertet wurden. Es werden Einsparungen von 10-20 % bei der Heizenergie pro Gebäude und Jahr erwartet. Durch den Einsatz der Technologie in den neun größten Gebäuden sollte der gesamte Heizverbrauch auf alle bezirklichen Gebäude rechnerisch bereits um ca. 4 % sinken. Da die Systeme erst zum Ende der Heizperiode 2022/2023 in Betrieb gingen, ist eine genaue Auswertung

noch nicht möglich. Die Investitionskosten für die neun Gebäude betragen circa 291.000 €. Bei den aktuellen Energiepreisen ist jedoch davon auszugehen, dass diese Kosten sich in rund 1,5 Jahren amortisieren. Nach den ersten Pilotprojekten in diesem Bereich ist man nun auf der Suche nach weiteren Haushaltsmitteln, damit weitere Gebäude umgerüstet werden können.

Aus dem Plenum wird gefragt, ob es auch Planungen im Bereich Wärmeleitplanung/Kommunale Wärmeplanung gibt. Herr Aldick antwortet hierzu, dass er dazu in die Absprache mit der Senatsverwaltung gegangen ist und Rückmeldung erhielt, dass die Zuständigkeit in diesem Bereich aufgrund der gesamtstädtischen Bedeutung auf Senatsebene liegt und der Bezirk hier bis auf Weiteres nur unterstützend durch die Weitergabe von Informationen tätig werden kann.

Frau Bussler erfragt den Unterschied zwischen den Stellen der/des Klimabeauftragten und den Stellen im Klimaschutzmanagement und ob diese in einem hierarchischen Verhältnis zueinanderstehen. Weiterhin möchte sie wissen, wie viele Stellen verstetigt werden sollen. Herr Aldick antwortet, dass die Stellen in keiner Hierarchie zueinanderstehen. Der neue Klimaschutzbeauftragte soll zunächst eine Treibhausgas-Bilanz für den Bezirk erstellen und ist für die Geschäftsstelle des Klimabeirates zuständig. Die neuen Klimaschutzmanagerinnen werden sich unter anderem mit der Erstellung des bezirklichen Klimaschutzkonzeptes befassen. Für weitere Informationen zu den unterschiedlichen Aufgabengebieten sollen die jeweiligen Anforderungsprofile als Anhang zum Protokoll verschickt werden.

Frau Fortwengel möchte nochmal auf das Thema LowFlow zurückkommen. Sie wünscht, dass das Bezirksamt bei den nächsten geplanten Projekten nach weiteren Alternativen sucht und „richtig“ auszuschreibt, da sie die Rechtmäßigkeit der Vergabepaxis im Falle der ersten neun Gebäude anzweifelt. Darüber hinaus wünscht sie sich in eine transparentere Zusammenarbeit in solchen Fällen. Sie kritisiert außerdem die ihrer Ansicht nach viel zu hohen Temperaturen im Rathaus und die daraus folgende Verschwendung von Energie. Aus ihrer Sicht ist mit dem Einsatz der LowFlow Technologie bei weitem nicht genug getan und die damit verbundenen Einsparpotentiale sind ihrer Ansicht nach marginal. Der Bezirk müsse im Gebäudebereich viel stärker tätig werden und sie fordert eine stärkere Einbindung des Klimabeirates in diesen Fragen.

Herr Aldick erläutert das Vorgehen erneut und erklärt, dass die Vergabepaxis mit dem Rechtsamt abgestimmt wurde und somit rechtlich abgesichert ist. Der Auffassung, dass Rechtmäßigkeit anzuzweifeln sei, stellt er sich explizit entgegen. Für die zweite Projektphase befindet man sich in enger Abstimmung mit der Vergabestelle, welche Art der Vergabe hier die richtige sei. Er führt nochmals aus, dass durch die Umrüstung der neun größten Gebäude des Bezirkes und den daraus resultierenden Einsparpotentialen in Summe ca. 4 % des Gesamtheizenergiebedarfes des Bezirkes eingespart werden kann, wodurch auch der entsprechende CO₂ Ausstoß vermieden wird. Die Thematik soll in der AG 5 nochmals expliziter besprochen werden.

Frau Hochstätter fragt, welche Senatsverwaltung die Federführung bei der kommunalen Wärmeplanung hat. Herr Aldick antwortet, dass er diesbezüglich Kontakt zur Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) hatte.

Frau Hirsch weist darauf hin, dass die Zeit für diesen TOP bereits fortgeschritten ist und auf den präsentierten Folien von Herrn Aldick aber weitere Punkte stehen, zu denen bisher noch nichts gesagt werden konnte. Herr Aldick nutzt die wenige verbliebende Zeit, um noch einen schnellen Überblick über die noch ausstehenden Themen zu geben.

Er berichtet darüber, dass man sich derzeit in einer Dachpotentialanalyse mit den Stadtwerken befindet um zu ergründen auf welchen Liegenschaften des Bezirkes weitere Photovoltaikanlagen realisiert werden können. Die Analyse soll im dritten Quartal abgeschlossen werden. Dabei würden für den Bezirk keine Investitionskosten anfallen, da diese von den Stadtwerken übernommen werden, der Bezirk muss nur die Betriebskosten (Pacht) übernehmen. Nach Aussage von Herrn Aldick ist die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken in diesem Bereich der schnellste und gangbarste Weg für den Bezirk um mehr Photovoltaik-Anlagen zu realisieren. Die Federführung liegt beim Energiebeauftragten, Herrn Moog.

Anschließend berichtet Herr Aldick darüber, dass der Bezirk seitens des Senates für dieses Jahr aus den BEK-Mitteln eine pauschale Fördermittelzusage über 50.000 € erhalten hat. Ab dem nächsten Jahr soll diese auf 200.000 € gesteigert werden. Verwendet werden sollen diese Mittel 2023 für die Erstellung von umfassenden Klimabilanzen für drei bezirkliche Kulturgebäude sowie erste energetische Optimierungen der Liegenschaften.

Aus dem Plenum wird der Wunsch nach einem schriftlichen Bericht zu diesem TOP geäußert, auch um gezieltere Nachfragen stellen zu können. Herr Aldick bittet um Verständnis, dass es viel Zeit und Arbeit bedarf, einen mehrseitigen Bericht hierfür zur Verfügung zu stellen, weshalb er ein oder zwei Paragraphen zu jedem Thema als Kompromiss anbietet. Außerdem wird sich seitens der Mitglieder des Klimabeirats gewünscht mehr Öffentlichkeitsarbeit über die realisierten Projekte zu betreiben. Herr Aldick ergänzt hierzu, dass ein entsprechender Webseiten-Bereich für die OE Klima und Internationales eingerichtet wird und Öffentlichkeitsarbeit außerdem Teil seines Anforderungsprofils sei. Der Bereich wird mit Leben gefüllt, sobald die ersten Schritte durch die neuen Mitarbeitenden erledigt werden. Zur den vorher diskutierten Konzepten ergänzt er, dass der Klimabeirat bei den nun zu erstellenden Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepten konsultiert und einbezogen werden wird.

Frau Neubert stellt abschließend die Frage, wie der Stand der Umsetzung des BVV-Antrages zu einer Roadmap ist. Der Beschluss sieht vor, dass diese noch vor der Sommerpause 2023 in die BVV eingebracht wird. Herr Aldick antwortet, dass eine genaue Antwort hierzu im Nachgang zur Sitzung nachgeliefert werden muss.

Nachtrag: Eine konkrete Planung zum Ausbau von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden wird nach erfolgter Dachpotentialanalyse durch die Stadtwerke (siehe oben) möglich sein. Die Verantwortung liegt bei FM.

Frau Hirsch bedankt sich für die rege Diskussion und leitet zum nächsten TOP über.

TOP 3: Konkretisierung der Zusammenarbeit und Fragen aus dem Klimabeirat zur Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt

Frau Specht führt in den TOP ein und erläutert das derzeitige Dilemma des Klimabeirates. Es wird bemängelt, dass sich zu Sitzungen immer die gleichen Personen/Initiativen einfinden und auch immer die gleichen (stimmberechtigten) Mitglieder fernbleiben und sich nicht einbringen. Gleichermaßen verhält es sich mit der Anwesenheit der Vertreter:innen aus dem Bezirksamt und der BVV. Sie führt aus, dass der Klimabeirat seit Herbst 2022 versucht Arbeitsfähigkeit zu erlangen, man sich jedoch seither im Kreis bewege. Seit Jahresbeginn werde nach einem Gipfelgespräch zu diesem Thema gesucht, allerdings verschiebe sich die Problematik seither von Sitzung zu Sitzung, was Frustration bei den Mitgliedern verursacht. Der Klimabeirat wurde auf Beschluss der BVV gegründet. Sie stellt deshalb die Frage an die Vertreter:innen der BVV und des Bezirksamtes, wie diese die bisherige Arbeit des Klimabeirates und Zusammenarbeit mit dem Klimabeirat bewerten.

Frau Neubert antwortet, dass es eine breite Zustimmung in der BVV zur Bildung des Klimabeirates gab. Sie wünscht sich eine Arbeit des Gremiums wie diese in seiner Geschäftsordnung festgehalten ist. Sie sieht den Klimabeirat als Austauschgremium, in welchem Impulse durch das Bezirksamt gesetzt werden. Der Beirat kann diese dann in seinen AGs diskutieren und bearbeiten und spiegelt seine Expertise/Beschlüsse dann wieder in der nächsten Gesamtsitzung. Sie weist außerdem darauf hin, dass der vorangegangene Tagesordnungspunkt genau den Inhalt liefert, der im Klimabeirat diskutiert werden sollte und dass es schade sei, dass diese Diskussion nun nicht fortgesetzt worden ist.

Frau Kallmann ergänzt, dass es sich hierbei um einen dynamischen Lernprozess handelt. In Zukunft müsse die Struktur des Beirates gegebenenfalls anders gestaltet werden, damit dieser seine Beratungsfunktion besser ausüben könne. Man sei derzeit noch im Ausprobieren und eventuell müsse man auch Teile und Umsetzung der Geschäftsordnung erneut besprechen. Sie erläutert weiterhin, dass einige Aufgaben des Klimabeirates teilweise erst mit der neuen Organisationseinheit starten können. Analog den Ausführungen von Frau Neubert sieht sie den Klimabeirat ebenfalls als Hauptgremium, bei dem aber auch Arbeit in den AGs stattfindet.

Frau Fortwengel kritisiert, dass es im März ein Gespräch mit der Bürgermeisterin zu einer etwaigen projektweisen Zusammenarbeit mit der HOWOGE gab. Die Mitglieder des Klimabeirates haben jedoch bis heute keine Rückmeldung zum eigentlichen Gesprächstermin zwischen Bezirksamt und

HOWOGE erhalten und waren selbst dazu nicht eingeladen. Es fehlen ihnen deshalb Informationen und man fühlt sich an dieser Stelle nicht richtig mitgenommen.

Herr Aldick verweist darauf, dass das Gespräch mit der HOWOGE stattgefunden habe und dass man dabei unter anderem über Balkonkraftwerke, die aus Sicht der HOWOGE in der Regel kein lohnenswerter business case für Mieter:innen seien, und weitere Punkte gesprochen hat. Man will im weiteren Austausch mit der HOWOGE bleiben und es ist hier eine weitere Koordination nötig. Dabei wird man unter Umständen auch auf die AGs des Klimabeirates zurückkommen. Er stimmt Frau Fortwengel dabei zu, dass die Kommunikation des Bezirksamtes hier nicht schnell genug passierte und entschuldigt sich dafür.

Aus dem Plenum kommt die Frage, wie der Informationsaustausch zwischen der Zivilgesellschaft und dem Amt stattfinden soll, wenn die wesentlichen Akteure des Bezirksamtes nicht oder nur bedingt anwesend sind. Weiterhin wird die Frage gestellt, wie das Gremium weiterarbeiten soll. Darüber hinaus wird die Vorbereitung der Beiratsmitglieder bemängelt.

Herr Aldick unterstreicht, dass der Klimabeirat für die Kolleg:innen in der Verwaltung nicht das einzige Arbeitsfeld ist und bittet um Verständnis dafür, dass derzeit und in den vergangenen Monaten viele Ressourcen für den Aufbau der neuen Organisationseinheit eingesetzt werden mussten. Derzeit findet im Bezirksamt ein großer Umbruch in diesem Bereich statt, der Beirat und seine Expertise werde aber benötigt. Die neue Organisationseinheit will zukünftig mögliche Klimaschutzprojekte identifizieren und dem Beirat spiegeln um dessen Expertise zu nutzen. Die bisherigen Anlaufprozesse verliefen nicht befriedigend, sollen sich aber mit dem Personalaufwuchs verbessern.

Aus dem Plenum kommt die Frage zum Rollenverständnis des Beirates. Es herrscht Unklarheit darüber, ob der Klimabeirat selbst proaktiv der Verwaltung zuarbeiten soll oder ob er seine Expertise nur auf Nachfrage einbringen darf. Herr Aldick stellt an dieser Stelle heraus, dass die Zusammenarbeit keine Einbahnstraße ist. Vielmehr ruft er die Mitglieder des Beirates dazu auf, sowohl proaktiv dem Bezirksamt zuzuarbeiten als auch nach Impulsen aus der Verwaltung zu Projekten seine Expertise einzubringen.

Frau Hirsch stellt die Frage, über welche Kanäle die Zuarbeiten des Klimabeirates eingebracht werden sollen. Aus Sicht des zivilen Beirates ist es bis dato unklar, ob der Weg über die politische Leitung oder doch direkt in die Verwaltung gehen soll. Diese Strukturen sind aus ihrer Sicht zu klären.

Herr Joost wünscht eine strukturelle Einbindung des Beirates in die Ausschüsse der BVV. Derzeit gibt es aus seiner Sicht große Informationsdefizite bei den Mitgliedern des Beirates, die so beseitigt werden können. Frau Hochstätter ergänzt hierzu, dass ein Antrag in die BVV eingebracht werden soll, mit dem der Beirat den Ausschüssen der BVV gleichgestellt werden soll.

Frau Herrmann antwortet, dass das Bezirksamt nicht für die BVV sprechen kann. Sie führt weiter aus, dass die Anregungen des Beirates vom Bezirksamt aufgenommen werden und nicht verloren gehen. Gegebenenfalls bedarf es an dieser Stelle einer verbesserten Kommunikation auf dem Weg zurück an

den Beirat. Sie unterstreicht, dass die Kommunikation zunächst über die Stadträt:innen verlaufen muss und nicht direkt an die Mitarbeitenden der Verwaltung. Wie dann weiter mit den Anliegen des Beirates umgegangen werden kann, ist letztlich eine Frage der Ressourcen, da das Bezirksamt schon jetzt an vielen Ecken und Enden mit den bestehenden Aufgaben überlastet ist.

Herr Kolbach führt aus, dass er es positiv bewertet, dass die Mitglieder des Klimabeirates Informationen erhalten. Allerdings wünscht er sich diese zukünftig vorab zu erhalten, damit es dem Beirat auch möglich ist, Stellung zu beziehen und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Herr Aldick ergänzt zu den Ausführungen von Frau Herrmann, dass die Kommunikation in die und mit der Verwaltung auch eine Frage der politischen Verantwortung ist. Die Stadträt:innen haben die politische Verantwortung für ihre jeweiligen Abteilungen und Ämter. Deshalb müssen sie darüber in Kenntnis sein, was in den Ämtern/Abteilungen passiert.

Frau Neuber führt aus, dass die Ausschüsse der BVV immer öffentlich tagen und auch der Sitzungsplan jederzeit einsehbar ist. Auch ohne explizite Einladung ist es den Mitgliedern des Klimabeirates somit möglich an den verschiedenen relevanten Ausschusssitzungen teilzunehmen. Sie würde sich für die Zukunft dort über mehr Präsenz freuen und lädt an dieser Stelle die Anwesenden gerne zur nächsten Sitzung des UGK-Ausschusses am kommenden Donnerstag (22.06.) ein, an dem auch die Bezirksbürgermeisterin teilnehmen wird.

Frau Hochstätter erklärt, dass es aus ihrer Sicht ein Einfaches sei, den Klimabeirat in entsprechende Verteiler für den Versand der Ausschuss-Einladungen aufzunehmen. Allerdings müsse dazu die Geschäftsordnung der BVV angepasst werden. Die Bezirksverordneten sind somit befugt dies zu ändern.

Herr Fischer bilanziert für sich, dass die Zusammenarbeit mit der BVV, an der Stelle wo sie stattgefunden hat, überwiegend positiv war. Gleichermäßen verhält es sich mit der Zusammenarbeit mit den Amtsleitungen, diese bewertet er ebenfalls überwiegend positiv. Die Signale des politischen Bezirksamtes sind seiner Meinung nach jedoch ambivalent („wasch mich, aber mach mich nicht nass“). Er bemängelt einen fehlenden Gegenpart beim Bezirksamt und warnt vor einem Zusammenbrechen des Klimabeirates. Die Teilnahme an den „zivilen“ Sitzungen und den Arbeitsgruppen sinke aufgrund der Frustration stetig.

Aus der Sicht von Frau Specht ist man in der heutigen Sicht keinen Millimeter weitergekommen. Dies ist für sie extrem frustrierend, da die Probleme des Beirates offenbar vom Bezirksamt nicht gehört werden. Vielmehr gebe sich das Bezirksamt überlastet und gehe nicht weiter auf die genannten Anliegen ein.

Frau Bock erklärt, dass die derzeitige Struktur des Beirates für sie etwas unverständlich ist. Sie vermutet, dass das momentane Dilemma strukturell bedingt sei und dass die Einberufung des Klimabeirates verfrüht war, da die Organisationseinheit zu diesem Zeitpunkt noch nicht bestand. Sie teilt aber nicht die Auffassung, dass die bisherige Arbeit extrem frustrierend sei.

Herr Aldick erläutert, dass das strukturelle Problem niemandem direkt anzulasten ist. Er führt aus, dass der Aufbau von Strukturen zeit- und ressourcenintensiv sei. Der Organisationsaufbau war ein großer Kraftakt für alle und auch die Vorarbeiten hierfür waren mit einem großen Zeit- und Kraftaufwand verbunden. Herr De Santis ergänzt, dass der zeitliche Horizont auch durch die ausstehenden Zuwendungsbescheide bedingt wurde. Ohne die genannten Zuwendungsbescheide und die Fördermittelzusage gibt es keine finanzielle Grundlage für eine Stellenausschreibung, was dazu führt, dass somit auch kein Stellenausschreibungsprozess angestoßen werden konnte. Herr Weis ergänzt dazu, dass auch die Vorbereitung der Fördermittelanträge durch Frau Schipkowski viele Ressourcen gebunden hat, neben dem bereits stark fordernden Alltagsgeschäft.

Aus dem Plenum kommt die Aussage, dass der Klimabeirat ein reines Gremium der Arbeitsebene sei und deshalb auch die Arbeitsebene auf Seiten der Verwaltung aus ihrer Sicht der natürliche Ansprechpartner für den Beirat sein sollte. Politische Entscheidungen sind dann natürlich auf der Leitungsebene zu treffen. Sie befürwortet jedoch einen Bottom-Up-Ansatz im Gegensatz zum Top-Down-Vorgehen.

Herr Aldick erwidert, dass es zunächst einer Einbindung der politischen Ebene braucht, da hier letztlich die Verantwortung liegt. Danach findet die Arbeit natürlich auf der Arbeitsebene statt. Weiterhin unterstreicht er, dass die bisherigen Voten des Klimabeirates nicht im luftleeren Raum stünden, sondern entsprechend auf der Webseite veröffentlicht über den Verteiler des Klimabeirats gestreut werden. Aus dem Plenum wird angemerkt, dass der Maßnahmenkatalog des Klimabeirates, in den sehr viel ehrenamtliche Zeit und Arbeit geflossen ist, als Maximalforderung des Beirates verstanden werden muss um eine Verhandlungsgrundlage gegenüber der Verwaltung zu haben. Allerdings habe danach kein weiterer Dialog stattgefunden.

Herr Rohde äußert, dass aus seiner Sicht der Beirat zu früh einberufen wurde, weil es seitens des Bezirksamtes keinen entsprechend Gegenpart auf Arbeitsebene gegeben hat. Derzeit verschleppen sich diese konzeptionellen Problematiken nur und der Beirat sei aus seiner Sicht nichts weiteres als Bürger:innenbeschäftigung und verschenkte Zeit. Eigentlich müsse man mit viel mehr Tempo an die Bearbeitung der Probleme gehen.

Frau Fortwengel macht auf eine Veranstaltung von Xberg-klimaneutral aufmerksam. Diese soll vermutlich auf dem Dragonerareal stattfinden, die Vertreter:innen des Bezirksamtes und der BVV sind an dieser Stelle herzlich eingeladen.

Herr Aldick betont zum Ende der Sitzung, dass es von allen Seiten einen positiven Kooperationswillen braucht, um in die verschiedenen Projekte zu starten. Er ruft an dieser Stelle nochmals dazu auf, dass der Beirat auch selbst mögliche Projekte identifizieren und dem Bezirksamt spiegeln soll. Er regt an, für die Zukunft einen monatlichen Austausch mit der AG 1 zum Zwecke des verbesserten Informationsaustausches zu etablieren.

Frau Schulte-Fischedick schlägt unter Umständen einen informellen Austauschweg zwischen Beirat und Verwaltung vor, beispielsweise in Form eines Stammtisches.

Herr Münnich merkt an, dass ein Austausch zwischen Klimabeiratsmitgliedern und ihm bereits stattgefunden hat und die Kritik keiner bestehenden Austauschmöglichkeit deshalb nicht vollständig nachvollziehbar ist.

Frau Kallmann widerspricht der Ansicht von Herrn Rohde und ist der Auffassung, dass der Beirat keine Bürger:innenbeschäftigung sei. Vielmehr habe die heutige TO aus ihrer Sicht sehr vielversprechend hinsichtlich eines konstruktiven Austausches ausgesehen.

Frau Hirsch und Frau Specht stellen heraus, dass es wichtig ist die eigene Rolle bzw. die Rolle des Beirates zu kennen. Aus ihrer Sicht scheint es so, dass die Expertise des Beirates nur auf Nachfrage erwünscht sei. Herr Aldick erwidert hierzu und unterstreicht erneut, dass seitens des Bezirksamtes explizit auch eine proaktive Zusammenarbeit seitens des Klimabeirates gewünscht wird.

Frau Specht resümiert aus ihrer Sicht, dass die Hälfte der Mitglieder nur Karteileichen sind, was zur derzeitigen Arbeitsunfähigkeit führe. Man sei in dieser Sache erneut nicht weitergekommen und müsse das Thema erneut auf die nächste Sitzung verschieben.

Herr Rohde sagt, dass die Bezirksbürgermeisterin davon spricht, dass Diversität für den Beirat wichtig ist, aber seiner Meinung nach kommt sie ihrer Aufgabe, neue Mitglieder für mehr Diversität im Beirat zu finden, nicht nach.

TOP 4: Sonstiges und Anliegen für die nächste Sitzung

Die vierte Sitzung des Klimabeirats wird für den 1. November 2023 vorgeschlagen. Frau Kallmann äußert den Wunsch die nächste Sitzung zu einer späteren Uhrzeit als 16:30 Uhr beginnen zu lassen. Seitens diverser Mitglieder des Klimabeirates wird weiterhin der Wunsch geäußert die nächste Sitzung auf den September oder Oktober vorzuziehen und nicht wie vorgeschlagen erst im November stattfinden zu lassen. Frau Hochstätter merkt an, dass bei der Terminierung auch auf Ferienzeiten geachtet werden sollte.

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr.

Anlagen zum Protokoll:

Anlage 1: Anforderungsprofil Klimaschutzbeauftragter

Anlage 2: Anforderungsprofil Klimaschutzmanagerinnen

Anlage 3: Anforderungsprofil Klimaanpassungsmanagerin

Anlage 4: Kurze Zusammenfassung TOP 2 Bericht aus dem Bezirksamt

